

An die Kreisverwaltung Mainz-Bingen

über die Verbandsgemeindeverwaltung _____



Eingangsvermerke

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung der Dorferneuerung (VV-Dorf)

1. Antragsteller

Name, Vorname: _____
Straße, Hausnummer: _____
PLZ, Wohnort: _____
Telefon-Nr.: _____
e-Mail: _____

2. Durchzuführendes Vorhaben

Objekt (z.B. Wohnhaus, Scheune): _____

Straße, Nr., Ort: _____
Derzeitige Nutzung: _____

Stichwortartige Beschreibung der Maßnahme: _____

Spätere Nutzung: _____

3. Finanzierung des Vorhabens

Gesamtkosten (laut beigefügten Unternehmerangeboten oder Kostenaufstellung von Planer/Architekten): _____ €
./ Eigenkapital (Bargeld, Kredite, usw.): _____ €
./ Zuschüsse Dritter (z.B. Denkmalschutz, Wohnungsbauförderung): _____ €
./ Beantragter Zuschuss: _____ €

Die Gesamtkosten entstehen voraussichtlich wie folgt:

Jahr	Kosten €	Gewerke



Rheinessen



4. Erklärungen des Antragstellers

4.1 Ich bin

- Eigentümer
- Träger der Baulast
- Erbbauberechtigter
- Inhaber eines dinglich abgesicherten Nutzungsrechtes
- Berechtigter eines auf mindestens 15 Jahre abgeschlossenen Nutzungsvertrages für die durch das o. a. Vorhaben betroffenen Grundstücke

4.2 Für dasselbe Objekt bzw. dieselbe Maßnahme wurde mit aus Landesmitteln zur Förderung der Dorferneuerung

- noch keine Zuwendung gewährt
- _____ Euro Zuwendung gewährt.

4.3 Für die vorgeschriebene Maßnahme bin ich

- nicht vorsteuerabzugsberechtigt
- vorsteuerabzugsberechtigt in Höhe von _____ Euro.

4.4 Für baugenehmigungspflichtige Maßnahmen

- Baugenehmigung liegt vor
- Baugenehmigung ist beantragt
- Baugenehmigung ist noch nicht beantragt

4.4 Mir / Uns ist bekannt, dass

- a) vor Zugang eines Bewilligungsbescheides oder vor Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn begonnene Vorhaben von der Förderung ausgeschlossen sind (der Abschluss eines der Ausführung zugrunde liegenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages -z. B. Kaufvertrag, Werkvertrag sowie die Aufnahme von Eigenarbeiten- ist dabei grundsätzlich als Beginn der Maßnahme zu werten.
- b) nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen - (Subventionsgesetz – SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) die Verpflichtung besteht, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind.
- c) sich nach § 264 des Strafgesetzbuches derjenige strafbar macht, der gegenüber der Bewilligungsbehörde hinsichtlich der genannten subventionserheblichen Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn vorteilhaft sind oder der die Bewilligungsbehörden entgegen seiner Verpflichtung zur Mitteilung über Änderungen dieser Tatsachen, die die Förderberechtigung berühren, in Unkenntnis lässt oder der eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung gegenüber der Bewilligungsbehörde zum Nachweis subventionserheblicher Tatsachen gebraucht.

4.5 Ich bin / Wir sind damit einverstanden, dass mein / unser Name, meine / unsere Adresse sowie die Bankverbindung zum Zwecke der maschinellen Erstellung der Bescheide und verwaltungsinterner Listen in einer Datenerfassungsanlage gespeichert werden. Name und Bankverbindung können zum Zweck der Auszahlung an die Kasse weitergeleitet werden.

4.6 Bekanntgabe der Bescheide bei Ehegatten

Wir sind damit einverstanden, dass die Bescheide und der sonstige Schriftverkehr einem der unterzeichnenden Ehegatten zugleich mit Wirkung für und gegen den anderen Ehegatten bekanntgegeben werden.

4.7 Dem Antrag sind folgende Unterlagen beigelegt:

- Unternehmerangebote bzw. Kostenaufstellungen gem. DIN 276
- Fotografien (Bestand)
- Planunterlagen
- Lageplan
- Aufstellung der Eigenleistung
- _____

Datum, Unterschrift

Datum, Unterschrift